



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspunkt monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Zustellung abgeltend / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17.219 / Druckerei: Dresden Nr. 18.690. Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Geschäftsstelle: Dresden-11. Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Amt Dresden Nr. 17.239 / Druckerei: Arbeiterfilmkunst Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenende 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Umlaufpreis: Die neuromal gesetzte Nummernzeile oder deren Raum 0,15 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Zeitungsecke anstehend an den dreisitzigen Teil einer Zeitschrift 1.—20 RM. Umlaufpreis: Wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Ausgabe Dresden-11. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeitszeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung bei Rechnung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 15. Juni 1928

Nummer 138

Die Volkspartei differt die Koalition

Reichstagspräsidium mit Stahlhelm-Konzeßion / Die SPD ermöglicht den deutschnationalen Vizepräsidenten
Große Koalition auch in Preußen / Der Streitabwürger Brauns bleibt Arbeitsminister

Präsidiumswahlen im Reichstag

Die drei Stunden der gestrigen Reichstagsfahrt wurden rechts mit den Wahlen zum Präsidium ausgefüllt. Die Geheimzettel der Hermann Müller'schen Großen Koalitionsregierung gaben diesen Wahlen bereits ein charakteristisches Gepräge. Ganz zu gern hätten die Sozialdemokraten ein sogenanntes Weimar-Präsidium zusammengeschoben. Über die vielfamvorbenen Koalitionskandidaten von der Deutschen Volkspartei können der neuen Vernunft sie zu Gefallen ihre Liebesseide mit den Deutschnationalen nicht so schnell vergessen. Sie machen einen regelwidrigen Seitenprung, indem sie für den 3. Vizepräsidenten den Deutschnationalen Gräß vorschlagen. Die SPD aber trampelte wieder einmal ihre geplante Parlementsdemokratie dem Regierungsschach zuliebe mit Fuß und verhalf durch ihren Abstimmungsselbstanzug dem Stahlhelmer gegen den Kommunisten zu dieser Würde, obwohl der KPD nach alter Reichstagsbrauch, gemäß ihrer Fraktionsstärke, dieser Posten zu stande. „Konzeßion der Großen Koalition an den Stahlhelm“, erholte es von den kommunistischen Bänken. In der Tat diente Herr Gräß im neuen Reichstagspräsidium die Rolle des Mittlers weiter nach rechts hin auszufüllen. Auch die stürmische Begüßwürdigung des wiederauferstandenen Herrn Löbe durch den Bürgerblödanzler a. D. — minutenlang lähmte es aus, als wollte Marx Löbes schwule Rechte ausstreichen — diente im Sinne der Fortsetzung der Bürgerblödpolitik gewertet werden.

Im Parkett aber rutschten noch vorläufig Hermann Müller und Karl Severing in schwer zu bemeisternder Unruhe auf ihrem für höhere Regionen bestimmten Holzenboden umher. Philipp Scheidemann, der Wielbelaute, versucht inzwischen durch weise Leichungen ihr Kampfesfeuer zu dämpfen. — Im übrigen gehen die Zettelwahl in tödlicher Langeweile vor sich; die Tribünenbesucher sehn sich abermals um eine erwartete Sensation betrogen. Nur gegen Schluss wird es einen Moment lang lebhaft, als ein Arbeitsloser die Not der Rationalisierungsopfer in den Saal schleuderte. Die Rechte antwortete mit mieterndem Gelächter, während der Demonstrant von den Dienern aus dem Saal geführt wird.

Bei der Wahl des Präsidiums gab für die kommunistische Fraktion Genosse Stoeder eine Erklärung ab, die unsere Leser an anderer Stelle abgedruckt finden.

Da der vom Zentrum beantragte Wahl des 1. Präsidenten durch Zusatz durch die Nationalsozialisten widerprochen wird, muß Abstimmung mit Stimmzettel erfolgen. Hierbei wird Löbe mit 315 Stimmen gewählt. Genosse Thälmann erhält 46 Stimmen, Gräß (Nat.-Soz.) 12 Stimmen, 70 Zettel waren unbedeutend.

Löbe dankt für die Wahl mit einem verbindlichen Schmunz, indem er u. a. sich als Aufgabe vor allem Wahrung der Würde des Parlaments und die Revision der Gesetzesordnung stellt. Seine Ausführungen gehen in den lebhaften Unterbrechungen und Beifallstundgebungen unter. Als die Deutschnationalen zum 2. Vizepräsidenten Herrn Gräß vorschlagen, dessen Name durch den Genossen Noonen mit der Bemerkung: „Der Rauschmeister“ begrüßt wird, erstellt der neue Präsident bereits seinen ersten Ordnungszettel, worauf ihm zugeschrieben wird: „Es geht schon los!“ Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Dittmann, SPD, schlägt als 1. Vizepräsidenten den Zentrumsmann Esser vor, — weil die Deutschnationalen sich angeblich durch Abgabe weiterer Stimmzettel bei der Wahl des 1. Präsidenten den Anspruch auf den 2. Präsidenten verlieren haben. (Niemand im Hause ist sich darüber im Zweifel, daß diese Begründung nichts weiter als ein Manöver ist, um die Abstimmung des kommunistischen Kandidaten für den 3. Vizepräsidenten zu bemühen.)

Da im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erhält — unsere Genossen haben abermals für Thälmann gestimmt —, findet Stichwahl zwischen Gräß und Esser statt. Esser geht mit 240 Stimmen durchs Ziel, unsere Genossen haben sich der Stimmzettel enthalten. Auch bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten, wofür von den Deutschnationalen abermals Gräß, von den Sozialdemokraten Freiherr v. Kardorff (Deutsche Volkspartei), von den Kommunisten Genosse Thälmann vorgeschlagen war, erhält kein Kandidat die absolute Mehrheit. Wiederum laufen die Diener mit den Urnen zur Stichwahl durch den Saal. Unter stürmischer Heiterkeit stellt schließlich der Präsident fest, daß Herr v. Kardorff genau die 203 zur absoluten Mehrheit notwendigen Stimmen erreicht hat.

Zum Dank dafür schlägt Scholz (Deutsche Volkspartei) nunmehr für den Posten des 3. Vizepräsidenten den deutschnationalen Herrn Gräß-Thüringen vor. Die Demokraten unterbrechen über ihren Kandidaten, Frau Dr. Bäumer, während Genosse Stoeder den Genossen Gedanke zum Vorstellung bringt. Der Sozialdemo-

rat Dittmann erklärt, daß seine Partei für den demokratischen Vorschlag stimmen werde. Im ersten Wahlgang ergibt sich folgendes Resultat: Gräß 199, Bäumer 150, Geschke 64, Esser (Nat.-Soz.) 12 Stimmen; 22 Stimmen sind ungültig, 2 zerplatzt. Es müssen auch ein halbes Dutzend Sozialdemokraten für den Geschke votiert haben, desgleichen dürften die Stimmenthaltungen in den Reihen der SPD zu suchen sein. Bei der Stichwahl erreichen dann die Dittmänner ihr Ziel: der deut-

nationale Gräß wird mit 205 Stimmen gegen 107 Stimmen, die auf Frau Dr. Bäumer fallen, bei 58 ungültigen Stimmen zum 3. Vizepräsidenten gewählt.

Die Wahl der 12 Schriftführer wird in einem Wahlgang vorgenommen. Auf Vorschlag des Präsidenten verträgt sich das Haus nach Annahme des kommunistischen Antrages auf sofortige Entlassung des Geschäftsführers Kippenberger auf Freitag 15 Uhr. Zur Beratung stehen die Amnestieanträge.

Edel als Agent des Parteivorstandes

Der kommunistische Antrag für Auflösung des Sächsischen Landtages abgelehnt

Dresden, 14. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Donnerstag-Sitzung des Sächsischen Landtages kam es bei der Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Diese Auseinandersetzungen sind ein Beispiel für den unvermeidlichen Klärungsprozeß, der jetzt innerhalb der sächsischen Arbeiterschaft eingeleitet wird. Bisher versuchten die sozialdemokratischen Führer in Sachsen immer noch durch allerlei Manöver einen Widerstand gegen die Koalitionspolitik vorzutäuschen. Eine klare, eindeutige und einheitliche Stellungnahme in den drei sächsischen Bezirken wurde vermieden. Das Ergebnis der gestrigen Landtagssitzung schafft nunmehr ein klares Bild: Zustimmung der „Linke“ zur Großen Koalition. Wir begrißen diese Tatsache im Interesse der Klärheit innerhalb der Arbeiterschaft.

Vor gefüllten Tribünen begründete Genosse Böttcher den Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion auf Auflösung des Landtages. Böttcher gab einleitend einen Überblick über das Wahlkreiswahl und seine Rückwirkungen auf die politische Lage in Sachsen. Er charakterisierte den Zusammenbruch und die Krise in der USPD, die mit der Regierungskrise in Sachsen auf das engste zusammenhängt. Die Bestrebungen, zwischen USPD und SPD auch in Sachsen eine gemeinsame Plattform zu finden, kommen in der Presse offen zum Ausdruck. Hierauf behandelte Genosse Böttcher die Stellung der sächsischen sozialdemokratischen Führer zur Koalitionspolitik. Die politische Auseinandersetzung gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit dem Zentristismus. Auf den sozialdemokratischen Bänken steigerte sich die Hilflosigkeit von Minute zu Minute. Verlegenes Lachen und hysterisches Schreien wechselten miteinander ab. Die Unruhe steigerte sich, als Genosse Böttcher von den sozialdemokratischen

Abgeordneten eine eindeutige Erklärung über ihre Stellung zur Koalitionspolitik und zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die Reichsregierung forderte. Zwei Wege stehen vor den „Linke“ Führern: entweder eindeutige Klassenopposition gegen die Koalitionspolitik und Spaltung der SPD, oder Koalition mit der Bourgeoisie und Bankrott der „Linke“. Ein Drittes gibt es nicht. Die Naturgesetze des Klassenkampfes treiben mit größter Schnelligkeit zu dieser Entwicklung. Durch Zwischenrufe geben die sozialdemokratischen Führer zu erkennen, daß sie sich für den Weg der Koalitionspolitik entschieden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden jetzt die proletarische Antwort nicht schuldig bleiben. Zum Schlus charakterisiert Genosse Böttcher unter steigendem Lärm der sozialdemokratischen Abgeordneten die politische und theoretische Verlumpung der SPD, wie sie in der Fassung von Marx und Engelsburg-Zitaten in der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Die Kommunistische Partei wird die Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes für den Sieg des Sozialismus sammeln und die Einheitsfront für den Sieg der Bourgeoisie aufrichten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion

schickte in der Sitzung als Redner zum Auflösungsantrag den Abgeordneten Edel vor, denselben Edel, der „Opposition“ auf dem Parteiausschuß machte. Böbel, der sonst Hauptredner der Fraktion ist, hat diesmal verzichtet. Er fühlt sich der ihm zugedachten Rolle scheinbar nicht gewachsen. Die Rede Edels war gleichbedeutend mit einer vernichtenden Bankrotterklärung des Zentristismus. Edel erklärte im Einvernehmen mit Böbel, die „Linke“ seien niemals gegen die Koalitionspolitik gewesen. Seine weiteren Ausführungen gipfelten in einer schamlosen demagogischen Hetze gegen die Kommunisten. Edel argumentierte mit den bereits hundertmal widerlegten Märschen über angebliche Unterstützung der preußischen Koalition durch die Kommunisten mit Fälschungen der Zitate Rosa Luxemburgs und ähnlichen Dingen. Seine Rede war eine einzige Verteidigung der Parteivorsitzendenpolitik.

Kein Wort gegen die Koalitionspolitik, kein Wort über das „Aktionsprogramm“ der „Linke“, kein Wort über die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter an den neuen Reichstag. Kurzum, eine bedingungslose Unterwerfung unter die Taktik der Koalitionspolitik. Während der Rede Edels kam es zu wiederholten scharfen Zusammenstößen zwischen dem Genossen Böttcher und dem sozialdemokratischen Redner. Auf die Zwischenrufe, er solle eine klare Antwort auf die Frage nach der Koalitionspolitik geben, antwortete er mit neuer Kommunistenhebe und bestätigte damit, daß die „Linke“ bereit sind, die Reichsstaatlichkeit um jeden Preis zu verteidigen. Edel gab gleichzeitig zu, daß die sozialdemokratischen Führer auch für Sachen die Koalitionspolitik in nächster Zeit durchführen wollen. Mit der einzigen Einschränkung: nicht in diesem Landtag.

In seinem Schluswort charakterisierte Genosse Böttcher die Rede Edels als

eine entscheidende, wethin sichtbare Schwenkung der sozialdemokratischen Führer

in Sachsen zur Koalitionspolitik, als Angebot an die Wieder vereinigung mit der USPD und als Bereitschaftserklärung für eine Koalitionsregierung in Sachsen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten versuchten am Schlus unseres Redner niedezubrüllen. Trotz des Schreis und

Klärung der KPD-Reichstagsfraktion

Im Auftrag der kommunistischen Fraktion gab der Genosse Stoeder bei der Präsidentenwahl folgende Erklärung ab:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion erhebt als vierstöckige Fraktion Anspruch auf den dritten Vizepräsidentenposten und schlägt dafür den Abgeordneten Geschke vor. Gegenüber den Versuchen der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, unserer Fraktion diesen Anspruch mit oder ohne Bedingungen streitig zu machen, erklären wir:

Die sozialdemokratische Fraktion hat entgegen ihrer früheren Praxis die Zustimmung zur Wahl unseres Kandidaten davon abhängig gemacht, daß unsere Fraktion für die Vorschläge der anderen Parteien zum Posten der Präsidenten und Vizepräsidenten stimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Mai 1924 den Anspruch der Deutschnationalen, der damalsstärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bekräftigt und ausdrücklich einen Gegenkandidaten nominiert. Bei der Konstituierung des leichten Reichstages im Januar 1925 haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Anspruch der Sozialdemokraten, der damalsstärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bestätigt und Gegenkandidaten aufgestellt. Dennoch erklärte die sozialdemokratische Fraktion damals den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf den dritten Vizepräsidentenposten an und stimmte für ihn. Heute aber bestätigt sie der kommunistischen Fraktion aus Koalitionsgründen einen solchen Anspruch. Die Deutsche Volkspartei hat gestern offiziell erklärt, daß sie den Anspruch unserer Fraktion auf den Vizepräsidentenposten bestreitet, daß für sie diese Frage keine Frage der Gesellschaftsordnung, sondern eine politische Frage ist. Die kommunistische Fraktion wird in dieser Situation den Vorschlägen der übrigen Parteien zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten als Protest eigene Vorschläge entgegenstellen.“

Wenn die kommunistische Fraktion ihren Anspruch auf den dritten Vizepräsidenten erhebt, so darum, weil sie durch ihren Wahlerfolg zu diesem Anspruch politisch berechtigt ist und auch diesen Posten zum Kampf für die Interessen der werktätigen Massen und zum Schutz der Arbeiterschaft zur Sicherung der Rechte der Minderheiten einzutreten wird.“